

30 November: Was ist passiert, was läuft ab?

Merkel lässt Bundeswehr fallen, dennoch drohen ihr Machtjuden indirekt mit Kanzlersturz

Die sogenannte Bombardierungs-Verantwortung der Bundeswehr für den Luftangriff im afghanischen Kunduz auf zwei Tanklastzüge erwischte die Kanzlerin kalt. Die israelischen Medien bauschten die Sache so sehr auf, dass sogar Franz Josef Jung (treuer Merkel-Vasall) als Arbeitsminister gehen musste, weil er als ehemaliger Verteidigungsminister von den zivilen Opfern der Bombardierung gewusst, aber nichts gesagt hätte.

Selbstverständlich handelt es sich bei dieser Affäre um den billigen Vorwand, Frau Merkel eine gehörige Lobby-Lektion zu erteilen. Man will ihr vor Augen führen, wie leicht Lobby-Diener, egal in welchem Amt sie sich befinden, weggefegt werden können, sollten sie nicht spüren.



Merkel wird vom jüdischen Bankster Josef Ackermann öffentlich als "dumm" vorgeführt.

Während die US-Streitkräfte in Afghanistan sozusagen jeden zweiten Tag aus "Jagdlust" ganze Hochzeitsgesellschaften ausrotten, wird die Bombardierung auf zwei von Widerstandskämpfern entführte Tanklastzüge zur Weltaffäre aufgepeitscht. Natürlich waren die meisten Opfer unschuldige Kinder und arme Bauern, doch sonst stört das Abschlachten dieser Menschen doch auch keinen Gutmenschen. Der Angriff auf Merkel wegen der Bombardierungsoffer hat also andere Gründe. Doch vor allem zeigt das Beispiel Kunduz, was die Bundeswehrführung und die Bundeswehrsoldaten von dieser Regierung im Ernstfall zu erwarten haben. Sie werden genauso in die Pfanne gehauen wie man ehemalige Wehrmachtsangehörigen heute noch vor Gericht zerrt.

Noch eine Merkwürdigkeit. Das israelische Kabinett unter Benjamin Netanjahu sollte am 30. November 2009 im Reichstag zu Berlin tagen. Offenbar wollte man ein Zeichen dahingehend setzen, den Deutsche Reichstag als israelisches Territorium zu reklamieren. Die Probetagung des israelischen Kabinetts war wohl als symbolische Handlung für die geplante Errichtung eines neuen Judenstaates auf deutschem Boden gedacht. Wir berichteten darüber.

Zudem war der 30. November 2009 auch der Auftakt des Münchener Schauprozesses gegen den todkranken und unschuldigen 90-jährigen John Demjanjuk, womit die jüdische Holo-Erzählung noch einmal trotzig unter "Beweis" gestellt werden sollte. Natürlich mit entsprechenden israelischen Regierungskommentaren - direkt aus dem Berliner Reichstag.

Die geplante israelische Regierungssitzung im Reichstag hatte eine weitere symbolische Bedeutung. An diesem Tag vor 20 Jahren wurde der damalige Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen von Geheimdiensten ermordet. Herrhausen wollte mit der Kraft der Deutschen Bank die israelische Macht durch einen Schuldenerlass für die Entwicklungsländer zerschlagen. Daran wäre das Finanzsystem der Lobby zerbrochen. Herrhausen, Napola-Schüler, überlebte seinen Plan nicht. Nach Herrhausens Tod

wurde die ehemals Deutsche Bank internationalisiert und kaputt gemacht. Jetzt, unter der Führung des jüdischen Einflußbanksters Ackermann, steht das ehemals mächtigste deutsche Geldinstitut vor dem finanziellen Kollaps. Der Todestag von Alfred Herrhausen sollte also an diesem 30. November mit der Sitzung des israelischen Kabinetts im Berliner Reichstag als symbolische Machterhebung der Lobby über Deutschland verstanden werden.

Warum aber sagte Netanjahu die Regierungssitzung im Reichstag ab? Vordergründig wurde eine leichte "Viruserkrankung" vorgeschützt, und das wenige Stunden vor seinem Abflug nach Berlin:

"Premierminister Binyamin Netanyahu erkrankte am Sonntag Abend, nur neuen Stunden vor seinem Abflug mit sechs (sic) weiteren Ministern nach Berlin." (Jerusalem Post, 30.11.2009)

Seltsam, nur wenige Stunden nach seiner "Erkrankung" war Netanjahu erstaunlicherweise in der Lage, in Eilat eine Rede zu halten: **"Etwa drei Stunden nach seiner Erklärung, er sei krank, hielt er eine Rede in Eilat."** (Jerusalem Post, 30.11.2009)

Wie aus moslemischen Kreisen zu erfahren war, sollte die israelische Regierungssitzung in Berlin feierlich den Kriegseintritt der BRD gegen den Iran verkünden. Geplant war also eine israelische Kriegserklärung im Deutschen Reichstag. Vorgeschützter Grund: die iranischen Atompolitik. In Wirklichkeit gelten die Kriegstreibereien Israels gegen den Iran dem iranischen Holocaust-Revisionismus.

Dazu kam es nun nicht, und wir können nur rätseln, warum nicht. Möglicherweise will Merkel eine geordnete Übergabe Deutschlands an das neue Israel sicherstellen und risikoreiches Chaos durch einen unbeherrschbaren Krieg im Nahen Osten vermeiden. Ein Krieg gegen den Iran würde, soweit kann Merkel offenbar noch klar denken, weltweites Chaos nach sich ziehen. Der Iran könnte zwar, sofern die amerikanische Militärführung mitzieht, mit Bomben dem Erdboden gleichgemacht, aber im Landkrieg nicht besiegt werden. Außerdem dürfte der Iran in der Lage sein, die Seestraße von Hormus zu schließen. Die Straße von Hormus (persisch, Tangeh-ye Hormoz) ist eine an der schmalsten Stelle 21 Seemeilen (38,89 km) breite Meerenge, die den Persischen Golf im Osten mit dem Golf von Oman, dem Arabischen Meer und dem Indischen Ozean verbindet. Da eine Sperre dieser Meeresenge die Lieferungen von bedeutenden Teilen der Erdölgebiete im Nahen Osten blockieren würde, ist sie von weltweiter strategischer Bedeutung. Etwa ein Drittel der globalen Ölversorgung muss durch diese Meerenge geschifft werden.

Am Tag der offenbar geplanten israelischen Kriegserklärung aus dem Reichstag an den Iran, also am 30. November 2009, stellte der Iran klar, dass **"die iranischen Seestreitkräfte die Schließung bzw. die Kontrolle der Straße von Hormus im Falle einer Provokation erwägen. Dadurch würden 30 Prozent der weltweit benötigten Ölversorgung unterbrochen."** (af.reuters.com, 30.11.2009)

Merkel fürchtete vielleicht einen totalen Zusammenbruch des täglichen Lebens in Europa, was zu unvorhersehbaren Folgen für eine geordnete Übergabe Deutschlands an Israel führen könnte. Die Machthebräer sehen das nicht so, sie sind von ihrem Wesen her maßlos in allen Dingen, sehen nur den kurzfristigen Vorteil. Deshalb vielleicht der Angriff auf Merkel, wo sie es doch so gut meint.

Dahingehend sind wohl auch die Angriffe Josef Ackermanns auf Merkel zu sehen. Ackermann will, wie seine Wall-Street-Bankster-Kollegen auch, den direkten Zugriff auf die Steuerkassen der westlichen Welt. Insbesondere auf die künftigen Steuereinnahmen Deutschlands, besonders nach dem Zusammenbruch des Euro. **"Vor einigen Jahren haben die Investmentbanken sich am Geld ihrer Kunden bereichert. Als diese Ressource zu klein wurde, haben sie auf das Geld ihrer Aktionäre zurückgegriffen. Mittlerweile sind sie beim größten Pool angelangt, den die Welt bietet: dem Geld der Steuerzahler."** (Spiegel, 31/2009, S. 60)

Merkel weigerte sich bislang, den Bankstern die Steuerkassen im Rahmen von neuen Gesetzen ganz offen zu überlassen. Sie wollte formal die Politik als Handlungsmacht erscheinen lassen. Ackermann gefällt das nicht, und so brüskierte er Merkel sogar öffentlich in einem ZDF-Interview, wo er zynisch

preisgab, dass sie ihm sozusagen als Zeichen ihrer Unterwerfung seinen Geburtstag im Kanzleramt ausrichten ließ.

Merkel nahm ihm übel, so furchtbar öffentlich vorgeführt zu werden. Sie versucht seither, Ackermann hinzuhalten. Sie will nicht offen durch Gesetzeskraft erklären müssen, dass die Steuerkassen von den Bankstern offen geplündert werden dürfen, dass für den Bürger nichts mehr da ist.

Der Weltbetrug für den Merkel und Konstorten eingespannt sind, läuft formal über die sogenannten Investments, die sich die Bankster untereinander in Billionenhöhe "verkaufen". Diese Summen werden als "Bankenrettung" von den Staaten gegenüber den Betrügern garantiert. Es gibt keine "Investements", es gibt nur die Computer-Summen, die die Lobby für die nächsten Jahrhunderte bezahlt haben möchte - und dafür direkt in die Steuerkassen greifen will. In diesem Zusammenhang hat sich Merkel unbeliebt gemacht, als sie im Wahlkampf Steuerentlastungen für den Mittelstand und die Bürger versprach. Steuerbefreiung gibt es nur für globalistische Lobby-Unternehmen, die anderen müssen bluten. Je höher die Steuern, um so besser für die Lobby, da sie in Zukunft sozusagen per Gesetzeskraft direkt auf die Steuerkassen zugreifen wollen.

Es geht tatsächlich um die entscheidende Weichenstellung, dass sich nämlich die Politik öffentlich den Bankstern unterwirft, ihnen die Kontrolle über die Steuergesetze und die Steuerkassen vermacht.

"Angela Merkel und Josef Ackermann tragen derzeit eine erbitterte Fehde aus. Es geht darum, wer das Sagen hat: Politik oder Finanzwelt?" (Spiegel, 49/2009, S. 98)

Auf dem "Konjunkturgipfel" bei der Kanzlerin am 3. Dezember 2009 warnte Ackermann die Regierung, dass es gefährlich krachen könnte, wenn die Lobbywünsche nicht erfüllt würden: **"Ackermann warnt vor 'Zeitbomben' auf Finanzmarkt"** titelte die WELT am 4.12.2009, auf Seite 1. Diese Warnung erinnert ein bisschen an die Bombenwarnungen von Terrorgruppen vor der jeweiligen Explosion.

Auch hier wird Merkel falsch verstanden. Sie will der Lobby nicht die Steuerhoheit verwehren, vielmehr trachtet sie danach, die Menschen geordnet der Lobby als Steuersklaven zu überstellen. Sie will einen Finanzausbruch hinausschieben, um keine unüberschaubaren Chaos-Ereignisse entstehen zu lassen. Die unüberbrückbare Gier der Lobby macht ihr dabei zu schaffen. Ihre eingegangenen Verpflichtungen in Billionenhöhe sind der Lobby nicht genug, obwohl alleine die Zinsen dafür nicht mehr bezahlbar sind. Merkel will das Zusammenkrachen des Systems vermeiden, um auf jeden Fall Ereignisse zu verhindern, die eine neue Welt entstehen lassen könnten. Vor allem soll die Wahrheit auf Ewigkeit unterdrückt bleiben. Die blind machende Gier ihrer Lobby-Partner scheint ihr dieses Programm zu vermiesen.

Ebenfalls an diesem denkwürdigen 30. November 2009, der Tag der geplanten israelischen Regierungssitzung im Berliner Reichstag, wurde in den Medien tatsächlich der bevorstehende Untergang des Finanzsystems erklärt. Die oberste Finanzaufsicht der EU, das Financial Stability Board (FSB) forderte an diesem Tag die Finanzriesen auf, ihr finanzielles Testament zu machen: **"Finanz-Kolosse sollen ihr Testament machen. Die internationale Finanzaufsicht hat 30 Banken und Versicherer angewiesen, Notfallpläne auszuarbeiten. Bei einem Kollaps könnten die systemrelevanten Unternehmen so schneller abgewickelt werden, berichtet die 'Financial Times'. Auch Deutsche Bank und Allianz stehen auf der Liste."** (spiegel.de, 30.11.2009)

Was wir vom NJ immer geschrieben haben, wird jetzt sogar vom System-Spiegel bestätigt. Die Lobby sucht sich ihre Politiker nach dem Grad ihrer "Dummheit" aus. Je "dümmer", desto besser sind sie für den Lobby-Dienst geeignet. Auf quasi diesen Nenner bringt es Bankster Ackermann in seiner ihm eigenen zynischen Art: **"Ackermann hält nicht viel von Politikern. Er denkt, dass sie ziemlich lange brauchen, bis sie die Zusammenhänge der Finanzwirtschaft verstehen. Er kennt niemanden, der**

[Jetzt brauchen wir Ihre Hilfe, damit wir weiter aufklären können](#)

alles bis in die letzte Verästelung durchdringt." (Spiegel, 49/2009, S. 98)

Doch selbst Angela Merkel will in der Öffentlichkeit von Ackermann nicht als dumm hingestellt werden. Deshalb hat sie ihn jetzt als "schlimmsten Gegner" der Volksharmonie ("Zusammenhalt") beschimpft: **"Ackermann ist er der schlimmste Gegner für Merkels wichtigstes Projekt dieser Legislaturperiode: Zusammenhalt."** (Spiegel, 49/2009, S. 98)

Der Zusammenbruch wird kommen, mal sehen, ob aus den Trümmern eine lobbyfreie Welt entsteht.